

Statement Thomas Trappmann, Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion Detmold, zum Haushaltsplan 2023 (als Alternative zur „Haushaltsrede“ im Stadtrat am 14.12.2022)

Besondere Rahmenbedingungen verlangen nach besonderen Antworten: Aus diesem Grund werden in der heutigen Ratssitzung keine Haushaltsreden gehalten. Dieses schriftliche Statement gibt die Haltung der FDP-Ratsfraktion zum Haushalt 2023 wieder.

Zunächst einmal gilt unser herzlicher Dank den Mitarbeitern der Stadtverwaltung für Ihr Engagement im Haushaltsjahr 2022, das – nach Abschwächung der Corona-Pandemie – aufgrund des Kriegs in der Ukraine ganz besondere Herausforderungen stellte und wohl leider auch noch weiter stellt. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen haben die Mitarbeiter in der Verwaltung ihr Tagesgeschäft zuverlässig bewältigt, so dass die Bürger kaum Service-Einschränkungen hinnehmen mussten. Wir gehen fest davon, dass dies auch in Zukunft so sein wird.

Trotz der Schwierigkeiten waren die vergangenen Haushaltsjahre geprägt von relativ guten Jahresabschlüssen, die auch die Rücklagen haben anwachsen lassen. Gleichzeitig kamen – fremdbestimmt und auch freiwillig gewählt sowie überwiegend auch vom Stadtrat beschlossen – zahlreiche neue und zusätzliche Aufgaben auf die Stadtverwaltung zu, die zusätzlichen Personalbedarf ausgelöst haben. Dieser Bedarf wurde nach und nach auch weitgehend gedeckt, so dass die Stadt Detmold derzeit so viele Mitarbeiter beschäftigt wie niemals zuvor.

Die nächsten Jahre werden allerdings, so befürchten wir, finanziell deutlich schwerer zu bewältigen sein als die jüngste Vergangenheit. Auch die Kämmerin bestätigt diesen Eindruck, denn sie hat in ihrem ersten Entwurf einen stark defizitären Haushalt für 2023 und eine entsprechend pessimistische mittelfristige Finanzplanung vorgelegt. Aus diesem Grund kündigte Frau Dr. Mikus auch einen deutlichen Konsolidierungsbedarf ab dem Haushaltsjahr 2024 an. Überdies legte sie zu den Haushaltsberatungen im Haupt- und Finanzausschuss - als Schritt in die richtige Richtung - eine überarbeitete Planung mit geringerem Defizit vor.

Nach unserer Überzeugung war aber auch dieser zweite Entwurf nicht zustimmungsfähig, zumal er zahlreiche, nicht näher definierte Risiken enthielt. In intensiven Gesprächen mit der Kämmerin und ihrem Team konnten viele dieser Risiken näher quantifiziert werden. Auch Lösungsansätze zur Minderung der Risiken wurden diskutiert. Herzlichen Dank der Kämmerin für diese engagierte Arbeit kurz vor der heutigen Ratssitzung zur Verabschiedung des Haushalts 2023.

Als oberstes politisches Ziel gilt für uns ein ausgeglichener Haushalt. Aus diesem Grund haben wir gemeinsam mit CDU, Bündnis 90/Die Grünen sowie Aufbruch C/Freie Wähler beantragt, durch zwei Maßnahmen das Haushaltsdefizit des 2. Entwurfs nochmals deutlich zu reduzieren: die kriegsbedingten erhöhten Energiekosten sollen zusätzlich zu 50 % isoliert werden, das Personalbudget soll um 700.000 € gekürzt werden. Beide Maßnahmen sind aus unserer Sicht keine Ideallösungen, aber sie sind dem Willen geschuldet, kurzfristig zu einem Haushaltsplan zu kommen, dem wir zustimmen können. Die zusätzliche Isolierung von Energiekosten verschiebt weitere Lasten in die Zukunft. Das wissen wir. Und auch diese isolierten Lasten müssen irgendwann bezahlt werden. Genauso machen es im Übrigen die Regierungen im Bund und im Land NRW.

Und die zusätzliche pauschale Kürzung des Personalbudgets ist ebenfalls keine Maßnahme, die überall Freude auslöst. Sie sorgt aber immerhin dafür, dass nicht jede angedachte Ausweitung des Personalbestands sofort umgesetzt werden kann. Es ist nun an der Zeit, zu überlegen, welche Ausgabe tatsächlich unbedingt erforderlich ist. Und ja, es kann sein, dass über das Personalbudget im Laufe des Jahres 2023 noch einmal gesprochen werden muss, wenn die Ergebnisse der Tarifverhandlungen vorliegen.

Lassen Sie mich auch noch kurz über den Tellerrand schauen: In Gütersloh wollte die Verwaltung 35 zusätzliche Stellen einrichten: Die Politik hat ein Drittel davon gestrichen, darunter die des Bürgermeister-Referenten. Wir dagegen wollten so detailliert in unserer Vorgabe nicht sein, sondern wir steuern, wie in Detmold seit Jahren üblich, über die Budgetvorgaben, so dass die Fachleute in der Verwaltung selbst entscheiden können, an welcher Stelle sie nun den Rotstift ansetzen.

Heute vor einem Jahr hatte ich bereits prognostiziert: „Für die Folgejahre sehen wir allerdings eine Vielzahl von Finanzrisiken auf die Stadt Detmold zukommen. Insofern werden die Haushaltsdebatten in Zukunft gewiss kontroverser verlaufen als in diesem Jahr unter Pandemie-Bedingungen.“ Durch die Diskussionen der vergangenen Woche und auch heute fühle ich mich in dieser Vorhersage bestätigt.